

Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Gestohlene Arbeitslosengelder

Trotz 7 Millionen Arbeitslosen macht die „Reichsanstalt“
Millionenüberschüsse und — finanziert die Junkerpolitik

Berlin, 26. Oktober.

Durch einen Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosen-Versicherung kommt ein Skandal ans Tageslicht, der einen Wutschrei der Empörung nicht nur bei den 7 Millionen Arbeitslosen, sondern auch bei mit Sozialbeiträgen übermäßig belasteten Betriebsarbeitern und Angestellten auslösen wird.

Die Reichsanstalt hat nämlich infolge der hohen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und der von der Brüning-Papen-Regierung mit beispielloser Brutalität abgebauten und vielfach gänzlich geraubten Arbeitslosenunterstützung im Halbjahr vom 1. April bis 30. September 1932 mehrere hundert Millionen Ueberschüsse gemacht und davon der Reichskasse rund 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Hören wir die wesentlichen Stellen des amtlichen Berichts über diesen Raub an den Arbeitslosen:

Berlin, 26. Oktober.

WTB. „Die Einnahmen der Reichsanstalt bestehen bekanntlich aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Trotz Rückgangs der Beitragszahler und der Löhne hat das Beitragsaufkommen vom 1. April bis 30. September die Summe von einer halben Milliarde RM. überschritten, so daß man für das ganze Haushaltsjahr mit einem Betrage von mehr als 1 Milliarde RM. rechnen kann.“

Da die Dauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von 16 bzw. 20 Wochen beschränkt ist, wobei bereits nach 6 Wochen die Hilfsbedürftigenprüfung einsetzt, ist die Zahl dieser Unterstützten infolge der langen Dauer stark gesunken. Ebenso ist die Höhe der Unterstützung auf das Aeußerste herabgesetzt, so daß der durchschnittliche Unterstützungsaufwand in der Versicherung sich auch nach Einführung der Wintererhöhung auf etwa 44 RM. (pro Monat) belaufen wird. Infolgedessen war die finanzielle Anspannung der Reichsanstalt auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung wesentlich erleichtert.

Während das Reich bei der Arbeitsbeschaffung Kreditmöglichkeiten eröffnet, greift die Reichsanstalt mit verlorenen Zuschüssen (eine wunderbare Bezeichnung für Geldverschleuderung) aus ihren Mitteln ein. Allein am ersten Arbeitsbeschaffungs-Programm der Reichsregierung, das Darlehensmöglichkeiten im Betrage von 135 Millionen RM. eröffnete, war die Reichsanstalt mit etwa 20 Millionen verlorenen Zuschüssen beteiligt. Bei dem zweiten Plan von 206 Millionen RM. wird ihre Beteiligung entsprechend höher sein. Trotzdem war es der Reichsanstalt möglich, dem Reich seit 1. April 1932 aus ihren Ueberschüssen noch einen Betrag von rund 160 Millionen RM. zur Verfügung zu stellen.“

In dem Bericht wird außerdem noch mitgeteilt, daß erhebliche Mittel der Reichsanstalt für die Finanzierung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf-

gewandt, sowie zu demselben Zweck der Reichsregierung zur Verfügung gestellt werden. Weiter heißt es:

„Nach dem Einzug der neuen Abgabe der Arbeitslosenhilfe glaubt die Reichsanstalt dem Reich im Winterhalbjahr für die Krisenfürsorge rund 240 Millionen RM. zuführen zu können. Auch im zweiten Halbjahr ist mit Ueberschüssen zu rechnen.“

Man muß das alles mehreremal lesen, um sich von der Tatsache zu überzeugen, daß in dieser Zeit, wo Millionen von Arbeitslosen, Millionen ihrer Frauen und Kinder, mit grauenerregender Brutalität ihrer Unterstützung beraubt, hungernd und frierend elend zugrunde gehen, die oberste mit Ministergeldern ausgestattete Bürokratie der Reichsanstalt sich zynisch rühmt, von den den Arbeitslosen gestohlenen Geldern Millionenüberschüsse gemacht zu haben und weitere Ueberschüsse zu machen.

Man muß sich das ganz klar überlegen. Arbeitslosenversicherung, das ist die Anstalt, für die jedem im Betrieb Tätigen laufend (mit Arbeitslosenhilfe) 4,8 bis 5,8 Prozent seines Lohnes als Beitrag abgezogen werden. Er ist dann — noch dem Buchstaben des Gesetzes — gegen Arbeitslosigkeit versichert. Sein ursprünglich rechtlicher Anspruch betrug im Falle der Arbeitslosigkeit 26 Wochen Unterstützung. Dieses Recht auf Unterstützung aus seinen von ihm selbst aufgebrauchten Mitteln ist durch eine Reihe von Notverordnungen geraubt worden. Die Unterstützungssätze wurden bis zu 60 Prozent verkürzt, für die Jugendlichen unter 21 Jahren (die aber trotzdem noch Beiträge zahlen müssen) ganz aufgehoben und

für die Uebrigen die rechtlich zu beanspruchende Unterstützungsdauer auf 6 Wochen herabgesetzt.

Die Beiträge blieben aber nicht nur in alter Höhe, sondern man hat sie durch die sogenannte Arbeitslosenhilfe um 1,5 bis 2,5 Prozent gesteigert!

So macht die Reichsanstalt Ersparnisse und Milliardenüberschüsse, auf diese Art kann sie der Papen-Regierung Hunderte von Millionen zur Verfügung stellen.

Daher hat das Junkerkabinett immer neue Hunderte von Millionen zu Subventionen an Junker und Großkapital zur Verfügung. Daß etwas Derartiges gegenüber der Arbeiterklasse, also der großen Mehrheit der Bevölkerung überhaupt möglich ist, kann nur mit der Untätigkeit der Gewerkschaften, der Zerrissenheit und Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse erklärt werden.

Daraus gilt es für jeden Proleten die Lehre zu ziehen: Herstellung der geschlossenen Arbeiterfront über alle Arbeiterparteien hinweg. Einsatz aller Arbeiterorganisationen mit dem Aufgebot der Millionen ihrer Unterstützung beraubten Arbeitslosen zum gemeinsamen Sturm gegen dieses brutale Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem, das von der Papen-Regierung repräsentiert wird.

Weg mit Papen! Sturz der Kapitalsdiktatur! Heraus mit den geraubten Unterstützungsgeldern!

Her mit einer sofortigen Erhöhung und Auszahlung ausreichender Unterstützung an alle Arbeitslosen für die ganze Dauer ihrer Erwerbslosigkeit!

Auf dem Wege zum friedlichen Ausgleich

Das abgesetzte preußische Staatsministerium hat am Mittwoch eine Sitzung abgehalten, um zum Urteil des Staatsgerichtshofes Stellung zu nehmen. Es wird über diese Besprechung eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, das Staatsministerium betrachte die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als „maßgebende und zur Entwirrung der Lage geeignete Grundlage“. Die Staatsregierung werde die ihm nach dem Urteil zuteilenden Befugnisse „im Sinne möglichst reibungslosen Zusammenarbeitens mit den anderen verantwortlichen Stellen ausüben“.

Nach dieser Sitzung empfing Ministerpräsident Brauns die Vertreter der Presse. Auch hier betonte er einmal über das andere, daß die preußische Regierung bemüht sein werde, den Weg zum Ausgleich zu finden.

Die Preußischen Beamten haben Bracht zu gehorchen

Berlin, 26. Oktober.

WTB. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der mit der Wahrnehmung der Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten beauftragte Reichskommissar für das Land Preußen am 26. Oktober 1932 an alle preußischen Behörden folgenden Erlaß gerichtet:

Die Gehorsamspflicht der preußischen Beamten gegenüber dem durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 eingesetzten Reichskommissar und dem von ihm bestellten Vertreter steht nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 fest.

Durfte die kommunistische Regierung begnadigen?

München, 27. Oktober.

CNB. Der „Bayerische Kurier“, der sich mit dem Leipziger Urteilsspruch befaßt, bemerkt, daß die letzte Entscheidung des Staatsgerichtshofes noch eine Frage nahelege, deren Bedeutung allerdings auf rein rechtlichem Gebiete liege: nämlich die Frage, ob im Hinblick auf das Staatsgerichtsurteil die Begnadigung der Täter von Potempa durch den Reichskommissar Rechtsgültigkeit habe.

Stadtrat mit proletarischer Mehrheit wird aufgelöst!

Zella-Mehlis (Thür.), 26. Okt.

WTB. Das thüringische Innenministerium hat den Stadtrat von Zella-Mehlis mit sofortiger Wirkung aufgelöst, weil er wiederholt Beschlüsse gefaßt hat, die undurchführbar seien. In dem aufgelösten Stadtrat hatten sieben Kommunisten mit einem Sozialdemokraten die Mehrheit.

Waffenstillstand im Gren Chaco

Washington, 26. Oktober

WTB. Bolivien hat nunmehr, dem Beispiel Paraguays folgend, gleichfalls den Vorschlag der neutralen Mächte angenommen, wonach im Chacogebiet die Feindseligkeiten eingestellt werden sollen, bis die Streitfrage durch Schiedspruch endgültig geregelt ist.

SAP und Reichstagswahl

J. Walcher

II.

Stärkt die SAP

Unsere Gegner haben die 72 000 Stimmen, die wir am 31. Juli aufgebracht haben und besonders die Tatsache, daß sie einen Rückgang bedeuteten, als Beweis für die Existenzunfähigkeit der SAP ausgegeben. Sehr zu unrecht. Würden die nackten Wahlziffern die Richtigkeit und Notwendigkeit der Politik einer bestimmten Partei beweisen, dann müßte man den Nazis die Palme reichen und dann wäre aus der Tatsache, daß die SPD gegenüber der KPD noch immer mit 2 1/2 Millionen im Vorsprung ist, zu folgern, daß die SPD-Politik richtiger ist, und dann wären wir gezwungen, über die KPD (Spartakusbund), die im Jahre 1920 bei den Reichstagswahlen in Groß-Berlin es nach einer sechsjährigen ruhmreichen Tradition des Spartakus-Bundes noch nicht einmal auf 2% der abgegebenen Stimmen brachte, gegenüber mehr als 60%, die SPD und USP zusammen erhalten haben, ein vernichtendes Urteil zu fällen.

Jede Partei hat einmal klein angefangen. Unsere Gegner antworten: Jawohl! Aber ihr seid bei der letzten Wahl zurückgegangen! Das ist zwar richtig, beweist aber gleichfalls nichts gegen die Existenznotwendigkeit der SAP und ihre politische Linie. Wir wollen daran erinnern, daß sich die KPD im Jahre 1929 erstmalig an der sächsischen Landtagswahl mit eigenen Listen beteiligte. Die Wahl fand damals statt, als die KPD noch über keine organisatorischen Stützpunkte und auch über keine Tagespresse verfügte. Die Wahl brachte der KPD ca. 25 000 Stimmen. Ein Jahr später kam es wieder zur Landtagswahl. Inzwischen hatte die KPD ihre Organisation ausgebaut und sich eine Tageszeitung geschaffen. Da es ihr überdies gelungen war, eine sehr beträchtliche Summe für den Wahlkampf aufzubringen, konnte sie damals mit großem Elan und mit einem verhältnismäßig starken propagandistischen Aufwand den Wahlkampf durchführen. Die Stimmung war für die KPD und ihre Argumente auch durchweg günstig. Dennoch hat sich am Wahltag herausgestellt, daß es der KPD nicht nur, wie sie es mit Sicherheit erwartet hatte, nicht gelungen war, die noch zu einem Mandat fehlenden Stimmen aufzuholen, sie hatte im Gegenteil einen außerordentlich starken Verlust zu verzeichnen. Ihre Stimmenzahl ging von 25 000 auf 13 000 zurück. „Wir hatten die meisten Sympathien, aber die wenigsten Stimmen“, berichtete damals der Führer der KPD nach Berlin. So ungefähr hätten wir uns nach dem 31. Juli auch ausdrücken können.

Niemand, der mit den Tatsachen vertraut ist, wird behaupten wollen, daß der damalige Stimmenrückgang irgendwie als Beweis dafür dienen könnte, daß die Politik der sächsischen KPD im Jahre 1930 unrichtiger war, als ein Jahr zuvor. Davon kann gar keine Rede sein. Die KPD erlitt im Jahre 1930 einen Stimmenverlust, weil sie von jenen 10 000, die sich von ihr abwandten, im Vorjahr überschätzt worden war. Genau so, wie bei der KPD der Stimmenverlust nur Schüsse auf die Urteilsfähigkeit der Wähler und ihre politische Reife zuläßt, genau so verhält es sich mit dem Verlust der SAP.

Wenn wir erkennen wollen, ob die Existenz der SAP notwendig ist, dann gilt es festzustellen, ob das, was wir anklagend gegen die Führung der SPD und KPD vorbringen, richtig ist oder nicht, und ob ferner der Ausweg, den wir dem revolutionären

Proletariat zeigen, den revolutionären Interessen entspricht oder nicht.

Wir haben den sozialdemokratischen Arbeitern gesagt, daß die staatsbehaltende Politik ihrer Führung nicht zum Sozialismus, sondern zur Stärkung des Faschismus, zur Herrschaft der schwarzen Reaktion und zur völligen Verelendung der Arbeiterklasse führen muß. Entspricht das den Tatsachen oder nicht?

Wir haben den kommunistischen Arbeitern gesagt, daß die ultralinke Politik ihrer Führung das Ansehen des Kommunismus diskreditiert, den Reformismus begünstigt, den Faschismus fördert und die Arbeiterklasse aktionsunfähig macht. Stimmt das oder stimmt das nicht?

Wir wurden nicht müde, der gesamten Arbeiterschaft zu sagen, daß sie sich nur im revolutionären Kampf befreien kann und daß sie zum Diktator des Proletariats nur kommen wird, wenn durch eine Einheitsfrontpolitik im Sinne Lenins die sozialdemokratischen Arbeiter in den Kampf für Freilassungen und Hebungslösungen eingereicht werden. Entspricht diese Politik dem proletarischen Klasseninteresse?

Wenn wir von dieser Seite aus — und jede andere Betrachtung ist irreführend — an die Frage der Existenzberechtigung der SAP herangehen, so kommen wir zu dem Schluss, daß die SAP schleunigst gegründet werden mußte, wäre sie noch nicht vorhanden. Nur weil die konkrete Situation in der deutschen Arbeiterbewegung außer acht läßt, nur weil sich keine klare Rechenschaft gibt von den verheerenden Folgen der verräterischen Politik der SPD und der ultralinken Politik der KPD, nur weil sich über die Zustände in SPD und KPD im Unklaren ist, nur weil von einem leblosen Dogmatismus aus an die Dinge herangegangen, kann die Existenzberechtigung der SAP bestritten.

Wäre die KPD gesund oder wenn es bei ihr keinen innerparteilichen Belagerungszustand gäbe, dann gäbe es auch keine SAP. So wie die Dinge aber liegen, ist die SAP zu einer billigen Notwendigkeit geworden. Je stärker die SAP ist, desto besser für die revolutionäre Entwicklung. Hätte die SAP am 31. Juli statt 72 000 Stimmen 720 000 erhalten, es stünde heute schon um die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft und somit um ihre Aktionsfähigkeit bedeutend besser.

Die 72 000 Stimmen sind kein Beweis dafür, daß die SAP keine Existenzberechtigung hat; sie beweisen nur, daß der Gesundungsprozeß der deutschen revolutionären Bewegung schwieriger und langwieriger ist, als sich manche vorstellen. Für jeden, der den ganzen Jammer der deutschen Arbeiterbewegung erfährt hat, der begriffen hat, daß das revolutionäre Wort allein nicht ausreicht, um die kommunistische Bewegung zu gesunden, daß es vielmehr gilt, eine Partei zu gestalten, die inslande ist, nach Maßgabe ihrer Kräfte den kommunistischen Arbeitern eine wirklich revolutionäre Politik vor Augen zu führen, für jeden, der von diesem Standpunkt aus an die Fragen herangeht, wird es zur selbstverständlichen Pflicht, für die innere und äußere Stärkung der SAP zu wirken.

Wenn von außerhalb der KPD stehenden oppositionellen Kommunisten auf bestehende Mängel und Schwächen in der SAP verwiesen wird, so sei ihnen gesagt, daß jeder von ihnen die Möglichkeit hätte, dazu beizutragen, daß die SAP zu einer Partei wird, die ihren geschichtlichen Aufgaben in jeder Beziehung gerecht zu werden vermag. Würde von dieser Seite mit derselben Zähigkeit für die innere und äußere Stärkung der SAP gearbeitet, mit der ihre Zersetzung betrieben wird, dann wäre die SAP bereits in viel höherem Grade zu einem Regenerationsfaktor der revolutionären Arbeiterbewegung geworden.

In Deutschland sind Brandleristen und Trotzkisten mit vereinten Kräften bemüht, die SAP zu zersetzen und womöglich zu vernichten. Wenn wir nun für einen Moment annehmen wollen, es gelänge ihnen, die SAP zu zerstören, was wäre damit der revolutionären Bewegung gedient? Wer hätte den Nutzen davon? Die einzigen Nutznießer einer solchen Entwicklung wären die schuldigen Apparateleute hüben und drüben. Für die Vernichtung der SAP ein Freibrief, um noch brutaler, noch rigoroser als bisher jede oppositionelle Regung zu erdrosseln und jeden Widerspenstigen aus der Organisation herauszuwerfen. Dieser Zusammenhang ist so offenkundig, daß er auch jenen nicht entgehen sollte, die ihre Hauptaufgabe in der Zersetzung der SAP erblicken.

Wir sahen das nicht, weil wir etwa zu besorgen hätten, daß durch die erwähnten Querstreiberien die Existenz der SAP faktisch gefährdet wird. Dahinzielende Spekulationen werden jedem lächerlich erscheinen, der unsere tapferen und zähe Mitgliedschaft kennt. Wenn wir auf solche Zusammenhänge hinweisen, so geschieht es, um den zahlreichen Kommunisten, die gleich uns die verhängnisvollen Folgen des ultralinken Kurses erkannt haben, zum Nachdenken zu veranlassen. Gelingt uns das, dann werden gerade auch diese Genossen verstehen lernen, daß es im Interesse einer Gesundung der kommunistischen Bewegung geboten ist, die innere und äußere Entwicklung der SAP mit allen Kräften zu fördern.

Jeder oppositionelle Kommunist muß begreifen, daß er am 6. November den ultralinken Kurs der KPD-Führung stärkt und die Position der Opposition innerhalb der KPD schwächt, wenn er am 6. November für die Liste der KPD stimmt. Alle denkenden oppositionellen Kommunisten, jeder der sich über die Politik der SPD und der KPD im Klaren ist, muß am 6. November für die SAP stimmen. Jede Stimme, die für die SAP abgegeben wird, ist ein Bekenntnis zur proletarischen Einheitsfront, eine Demonstration gegen die

„Rettet den republikanischen Staat“!

Sozialdemokraten erklären: „Lieber dreimal eine Papenregierung, als einmal eine Thälmann-diktatur“

Die ehemalige alte sozialdemokratische Partei Sachsens, die aus den Vorgängen im Jahre 1923 beim Einbruch der Reichswehr in Sachsen und der damit verbundenen Absetzung der Zeigner-Regierung entstand, hat vor einigen Monaten wieder in den Schoß „der Mutterpartei“ der SPD — zurückgekehrt und dort mit Freuden aufgenommen worden. Bei der damaligen Spaltung war der Hauptvorwurf der SPD gegenüber den sogenannten ehemaligen Dreiländerspartei — das war die Mehrheit der Landtagsfraktion — die Korruption durch ihre Regierungstätigkeit, die in dem Bestreben erblickt wurde, sich selbst einen gut bezahlten Posten im Staatsapparat zu schaffen, was ja auch sehr gut gelungen war.

Diese Gruppe erhielt trotz der organisatorischen Verschmelzung mit der SPD ihr in Dresden erscheinendes Wochenblatt „Der Volksstaat“ aufrecht. Unter der obigen Überschrift bringt dieses Blatt in der letzten Nummer folgende nette Blüten, die den Geist dieses Teiles der SPD-Mitgliedschaft gegenüber der Papen-Regierung und der „republikanischen Demokratie“ kennzeichnen:

„Allzu große Rücksichtnahme und Duldsamkeit, die meist neben demokratischer Denkwiese einherläuft, ließ es aber bisher nicht zu, mit eiserner Faust für die Staatsraison zu sorgen. Dort aber, wo doch einmal ein einzelner daran ging, gegen die Auswüchse parteipolitische Tätigkeit die Machtmittel des Staates rücksichtslos einzusetzen, wurde er sogar von den eigenen Gesinnungsfreunden verurteilt. Wir brauchen in diesem Zusammenhang an das fast tragische Geschick des ersten Reichswehrministers Noske zu erinnern, der sogar von eigenen Parteigenossen als der Bluthund betrachtet wurde,

weil er gegen verhetzte Volksgenossen mit schärfsten Mitteln vorging und damit eigentlich zeitig die Republik gerettet und Deutschland vor der Bolschewisierung bewahrt hat, und der bis heute noch nicht rehabilitiert worden ist.“

Eine echt republikanisch-reformistische Einstellung, die sich da unter den Pittigen der großen SPD breit macht. Die Stellungnahme zur Papen-Regierung ergibt sich aus folgendem:

„Kommunisten sowohl wie Nationalsozialisten sind ausgesprochene Feinde jeder selbständigen politischen Regung im Volke (Figura zeigt das), wir müssen es deshalb als eine Demagogie ohnegleichen betrachten, wenn gerade jene Leute so sehr über die Papenregierung schimpfen. Lieber dreimal eine Papenregierung, als einmal eine Hitler- oder Thälmann-diktatur.“

Diese Auffassung kann würdig dem Ausspruch „Lieber tausendmal mit Groener, als einmal mit den Kommunisten“ zur Seite gestellt werden.

Besonders erwähnenswert ist, daß in der gleichen Nummer Hörings Wahlaufruf veröffentlicht wird. Wenn man sich die Haltung des ganzen Blattes und der dahinter stehenden SPD-Kreise vor Augen hält, so ist tatsächlich diese politische Haltung mit der Hörings übereinstimmend. Es findet sich hier kein Parteivorstand, der gegen diese Propaganda eingreift. Für uns nicht verwunderlich, handelt es sich doch hier um rechtsgerichtete Tendenzen. Solchen Bestrebungen gegenüber wird man beim SPD-Vorstand immer eine wohlwollende Haltung finden. Das ganze ist für uns ein neuer Beweis für die fortschreitende Verbürgerlichung der SPD.

Die Klassenjustiz wütet

WTB. Leipzig, 26. Oktober.

Im Hochverratsprozeß gegen sieben Berliner Kommunisten wurden verurteilt: Lesniewski zu fünf Jahren Zuchthaus und Behring zu vier Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre, zwei Angeklagte zu je zweieinhalb Jahren, ein Angeklagter zu einhalb Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre, Emmerich und Barnitzko zu je zwei Jahren Festung.

(Eigene Meldung der SAZ.)

Dresden, 26. Oktober.

Vor dem 1. Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts wurde am 24. Oktober 1932 in geheimer Sitzung gegen die Arbeiterin Ilse Baron, den Arbeiter Erich Dittlich und den Redakteur der Dresdener „Arbeiterstimme“ Bruno Goldammer wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse verhandelt. Im März 1932 veröffentlichte das genannte Blatt eine Notiz über die Dresdener Karlonagen-A.-G. mit der Behauptung, daß in diesem Betriebe Artikel hergestellt würden, die nur für den Krieg bestimmt sein könnten. Dieser Notiz wegen wurden die Angeklagten Baron und Dittlich „wegen vollendeten Verbrechens des Verrates militärischer Geheimnisse“ und der Redakteur Goldammer „wegen Versuch eines solchen Verbrechens“ zu je ein Jahr Gefängnis verurteilt. Die Begründung zu diesem ungeheuerlichen Urteil wurde gleichfalls in geschlossener Sitzung gegeben.

Gerade diese Geheimnistuerei der Klassenjustiz ist ein Beweis dafür, daß der neu-deutsche Imperialismus der deutschen Arbeiterschaft die Vorbereitungen zum nächsten Kriege zu verschweigen sucht.

Berlin, 26. Oktober.

CNB. Die Zweite Strafkammer beim Landgericht III verurteilte heute den Arbeiter Kupczak zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus wegen Vergehens gegen die Antiterror-Notverordnung. Sein Bruder Bruno und der Arbeiter Kubelczyk wurden wegen der gleichen Vergehen zu je einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Bewährungsfrist wurde abgelehnt.

klassenverräterische Politik der SPD wie auch gegen die ultralinke Politik der KPD.

In diesem Sinne haben die für die SAP abgegebenen Stimmen mehr Gewicht als alle andern. Und wenn man uns entgegenhält, daß die für die SAP abgegebenen Stimmen verloren seien, so antworten wir: im parlamentarischen Sinne sind heute alle abgegebenen Stimmen wertlos. Rein parlamentarisch gesehen, sind die 8 Millionen SPD- und die 5 1/2 Millionen KPD-Stimmen genau so wertlos, wie die 72 000 Stimmen der SAP. Wählerstimmen sind heute nur als Ausdruck für die Gruppierung der Klassen auf und nur insofern bedeutsam, als hinter ihnen der Wille und die Bereitschaft zum außerparlamentarischen Kampf steht. Wir stellen nur eine Tatsache fest, wenn wir erklären, daß in der Entfaltung des allein entscheidenden außerparlamentarischen Kampfes die SAP heute schon mehr leistet als irgend eine andere Partei. Dafür sind die zahlreichen Einheitsfrontaktionen, die unter unserer Führung durchgeführt worden sind, Beweis genug.

Gegen die Methoden des Felsenecke-Gerichts

CNB Berlin, 26. Oktober.

Aus Anlaß der Vorgänge im „Felsenecke“-Prozeß, die bekanntlich zu der Ausweisung des Verteidigers Dr. Litten geführt haben, hatte die „Strafrechtliche Vereinigung der Berliner Rechtsanwälte“ eine stark besuchte Mitgliederversammlung einberufen, in der der Fall eingehend an der Hand authentischen Materials besprochen wurde. Nach einer sehr regen Debatte, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten, faßte die „Strafrechtliche Vereinigung der Berliner Rechtsanwälte“ den Beschluß, daß der Ausschluß eines Wahlverteidigers durch das Gericht auf den bloßen Verdacht der Begünstigung hin gesetzlich unzulässig sei.

Die haben's billig

Karlsruhe, 26. Oktober.

Wegen Beleidigung und Körperverletzung verurteilte heute das Schöffengericht den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Prof. Kraft aus Mannheim zu 100 Mark Geldstrafe. Kraft hatte in der Landtags-sitzung am 17. Februar auf einen Zwischenruf des Zentrumsabgeordneten Hilbert diesem eine Ohrfeige versetzt, was den Anlaß zu einer Schlägerei gab.

Sozialdemokratische Führerweishheit

„Früher war der Wille des Deutschen Reichstages eine Bogatelle, wenn sich ihm entgegenstellte der Wille des Militarismus, der hohen Bürokratie des Monarchen. Jetzt ist tatsächlich die Bindung des Staatswillens nichts anderes als die Zusammenfassung, die Komponente aus dem Staatswillen des einzelnen. (!) Jetzt müssen sich die Herrschenden an den Staatsbürger wenden und müssen ihre Herrschaft in geistigen Ringen mit uns immer wieder neu von einer Majorität bestätigen lassen. (!) wenn nicht, so ist auf dem Boden der Demokratie ihre Herrschaft zu Ende.“

So Hilferding auf dem SPD-Parteitag 1927 in Kiel.

Und sowas hat den Mut, sich gelegentlich noch auf die Masse zu berufen und darf sogar heute noch, wo ihr Bankrott so offen zutage liegt, als Arbeiterführer aufspielen. Kein denkender Arbeiter kann diesen Bankrotteuren am 6. November seine Stimme geben!

Wer Schluß mit Hilferding, Wels, Severing und Co. machen und den Massenkampf in einheitlicher Arbeiterfront gegen Kapitalsdiktatur und Hitlerfaschismus will, der

stimmt für Liste 18 SAP!

Pack schlägt sich . . . Stahlhelm-Offenherzigkeiten gegen Prinz Auwi

Berlin, 26. Oktober

CNB. Die Reichspressestelle des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, veröffentlicht folgende Erklärung:

Seine Königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen, der die finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nimmt, die er lediglich dem erfolgreichen Kampf nationaler Kräfte gegen die Fürstentümlichkeit zu verdanken hat, hält es für angebracht, in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen den Stahlhelm, insbesondere seine Bundesführung, auf das schärfste zu kritisieren. Renegaten dieser Art bekannt.

Während des vierjährigen Weltkrieges und in der Nachkriegszeit bis 1927 hat der Prinz

Achtung!

Zeitungsobleute und Kolporteurs!

Der Versand der bestellten Sondernummer vom 28. Oktober erfolgt ab 40 Stück per Expreß soweit diese nicht als Bahnzeitungen versandt werden. Die Pakete sind vom nächstliegenden Bahnhof selbst abzuholen.

eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet. Deutschland wurde vor dem roten Bolschewismus in den Jahren 1918 bis 1924 gerettet, wahrlich nicht durch die Nationalsozialisten!

Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwur bei jeder passenden Gelegenheit den Bundesführern öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelm-Pressen gebracht würden!

Jetzt wirft der Prinz öffentlich dem Stahlhelm Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst mit der Moral in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namentliche Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind.

Bombe gegen eine Zeitung Racheakt gegen den Verleger

Uffenheim, 26. Oktober.

In dem Druckerei-Gebäude des „Uffenheimer Tageblatts“ wurde heute früh 2 1/2 Uhr ein Sprengkörper geworfen, der schweren Schaden an dem Gebäude und an den Maschinen anrichtete. Bei den Nachbarhäusern wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Verletzt wurde niemand.

Am Vormittag weilte eine Gerichtskommission an Ort und Stelle, um die notwendigen Erhebungen vorzunehmen. Das Blatt verfolgt eine unabhängige „nationale“ Richtung. Der Verleger soll früher der Nationalsozialistischen Partei angehört haben, jedoch vor einigen Jahren bereits aus der Partei ausgeschieden sein.

Veruntreuungen bei der Dresdener Ortskrankenkasse

Dresden, 26. Oktober.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dresden ist man durch den Selbstmord des Obersekretärs Hentsche erheblichen Veruntreuungen aus die Spur gekommen. Im Zusammenhang mit der Untersuchung dieser Vorfälle hat die Ortskrankenkasse größere Personalveränderungen vorgenommen. Neun Beamte wurden vorläufig ihres Dienstes enthoben, darunter auch der Hauptkassierer und der Leiter der Prüfungsabteilung.

Kommunistenverhaftung in Dresden

Dresden, 27. Oktober.

WTB. Wie das Presseamt des Polizeipräsidenten mitteilt, ist gestern von Beamten der politischen Abteilung des Polizeipräsidenten eine große Anzahl von Kommunisten wegen hochverräterischer Umtriebe festgenommen worden. Sie werden noch im Laufe des heutigen Tages der Staatsanwaltschaft zugeführt werden.

Schlesischer Sprengstoffprozeß vertagt

Breslau, 27. Oktober.

WSL. Der für den 28. Oktober vor dem Sondergericht in Schweidnitz angesetzte Prozeß wegen des Sprengstoffanschlags in Reichenbach, der sich gegen acht Angeklagte richtete, wurde auf den 3. November verlegt, da die Verteidiger noch neue Beweisanträge vorbereiten wollen.

Wohlfahrtsbeamter schlägt Arbeitslosen nieder

Blutige Auseinandersetzungen auf der Blockstelle Posener Straße

Von der Magistratspressestelle geht uns ein durch seine Länge und durch die Aufzählung der Einzelheiten sich schon von vornherein verdächtig machender Bericht über einen Zusammenstoß zwischen einem Wohlfahrtsbeamten und einem der dort amtierenden „Herrn Beamten“ zu. Er lautet:

Am 25. Oktober vormittags entstanden in der Zahlstelle V des Wohlfahrtsamtes, Posener Straße, dadurch Unruhen, daß eine Frau P. die Ablehnung der Abgabe von Bescheideneben zum Anlaß nahm, sich zu beleidigenden Äußerungen gegenüber dem Verwaltungsangestellten S. hinreißen zu lassen. Da sie sich nicht beruhigen wollte und der Aufforderung, das Zimmer zu verlassen, nicht Folge leistete, wurde versucht, sie zur Tür hinauszudrängen. Frau P. wehrte sich hiergegen, wobei sie zu Boden fiel. Sie erklärte darauf, sie würde ihren Mann von dem Vorfall in Kenntnis setzen. Nach einer Viertelstunde erschien auch der Ehemann der P., dem wegen früherer Tötlichkeiten gegen Beamte des Wohlfahrtsamtes ein Hausverbot für sämtliche Räume des städtischen Fürsorgeamtes auferlegt war, unbemerkt in dem Zimmer, stürzte sich auf den Verwaltungsangestellten S. und schlug ihm mit der geballten Faust mehrere Male auf den Kopf und ins Gesicht. Der Verwaltungsangestellte S. ergriff einen auf dem Tisch liegenden Aktenlocher, um den P. abzuwehren. Erst durch das Einschreiten des anwesenden Polizeibeamten gelang es, den P. von dem Verwaltungsangestellten S. zu trennen. P. leistete dem Polizeibeamten heftigen Widerstand, wobei es ihm gelang, einen Stuhl zu ergreifen und nach dem Verwaltungsangestellten S. zu werfen. Da P. blutete, wurde er von zwei Polizeibeamten zur Unfallstation gebracht und von dort mit dem Krankenwagen in das Allerheiligen-Hospital überführt. Dort ist er nicht weiter behandelt worden, sondern konnte sich vielmehr in die Behandlung eines Kassenarztes begeben.

Der Vorfall rief eine größere Menschenansammlung im Hausflur hervor, die wegen der drohenden Haltung, die sie gegen die hier tätigen Beamten und Angestellten einnahm, erst durch das herbeigerufene Ueberfallkommando enttorft werden konnte. Die nähere

Untersuchung über den Vorfall ist noch im Gange.

Somit hat man Frau P. bei dem „Versuch sie hinauszubringen“ sicherlich nicht angefaßt, wie käme es denn sonst, daß sie „zu Boden stürzte“. Es ist nur zu verständlich, daß die sich in Erregung befindliche Frau ihren Mann verständigte und daß dieser, trotz des für ihn bestehenden Hausverbots, sich Zutritt zu dem Zimmer des Herrn Beamten verschaffte.

Zugegeben, daß nun der langjährige Arbeitslose P. den Herrn am Schreibtisch angegriffen hat, zur Not auch zugegeben, daß der Beamte S. sich wehren mußte, was aber noch lange kein Grund war — und hier drückt sich seltsamerweise der Bericht der Magistratspressestelle nur sehr verschwommen aus —, daß er den Arbeitslosen P. so „in der Notwehr“ behandelte, daß er äußerst schwere Verletzungen erlitt und mit dem Krankenwagen ins Hospital gebracht werden mußte. Es müßte höchst eigenartig an, daß man einen Erwerbslosen nur mit einem „Aktenlocher“ derartig zurecht kommen kann.

Es steht fest, daß der auf dem Wohlfahrtsamt stationierte Schupobeamte auch eingeschritten ist, aber daß er nicht von seinem Gummiknüppel Gebrauch gemacht hat, die Verwendung des P. also durch den Beamten S. verursacht wurde.

Wer einmal mit den Beamten der Arbeits- und Wohlfahrtsämter zu tun gehabt hat, der weiß, mit welcher bürokratischer Arroganz gerade diese Herren die Erwerbslosen behandeln. Es ist durchaus nicht verwunderlich, wenn dann hier und da dem einen oder dem anderen dieser Aermsten der Armen, deren Geduld wahrlich durch das langjährige Elend zermürbt wurde, die Wut packt und er sich zu Ausschreitungen hinreißen läßt. Man wundert sich nur, daß solche Fälle nicht des öfteren passieren.

Die Breslauer Arbeiterschaft muß gegen dieses Gebaren der Beamten protestieren. Meldet es uns in der Redaktion, wenn „Wohlfahrts“-Beamte sich Uebergriffe erlauben. Der Kampf gegen sie muß auf breiter Basis aufgenommen werden.

Massenversammlung in Breslau

Überfüllte öffentliche Wahlversammlung der SAP

Die SAP Breslau hatte die Arbeiterschaft unserer Stadt für gestern zu einer öffentlichen Wahlversammlung in den Schießwärdern eingeladen. Und die Arbeiter waren dem Rufe gefolgt. Der Saal und die Galerie waren voll besetzt.

Die äußerst differenzierte Zusammensetzung der Versammlung fiel auf Neben KPD und zahlreich erschienenen SPD-Genossen, einigen Angehörigen der Syndikalistik, sah man auch Nazis.

Die Schutzkapelle eröffnete eine Stunde vor Beginn der eigentlichen Versammlung mit dem Sozialistenmarsch ein eindrucksvolles Konzert. Die Melodien der revolutionären Märsche und der revolutionären Lieder schufen den Boden für die stimmungsvolle und wichtige Kundgebung, die zu einem starken Bekenntnis zur SAP wurde.

Als erster Hauptredner der Versammlung sprach

Genosse Eckstein.

Er geißelte die Politik der SPD, umfiß die Bedeutungslosigkeit der Parlamente. „Die Regierung von Papen wird weiterbestehen, gleichgültig, wie der Reichstag nach dem 6. November zusammengesetzt sein mag!“. „Es gibt eine einzige Kraft, die stärker ist als Maschinengewehr und die Bajonette der Reichswehr, das ist die zusammengeballte Front des Proletariats.“

Genosse Eckstein schildert dann den Schreckenskampf der SPD um die nicht mehr vorhandene Verfassung, geht auf die Kommunalpolitik der Sozialdemokratie ein und ruft mit eindringlichen Worten die Arbeiterschaft zum Kampfe auf, zu einem Kampfe, der nicht im Parlament, sondern nur außerparlamentarisch ausgefochten werden kann. „Der Kapitalismus muß sterben, damit die Arbeiterklasse leben kann.“

Seine Ausführungen wurden des öfteren durch langanhaltenden Beifall unterbrochen.

Als zweiter Redner sprach

Genosse Fabian,

der unter großer Spannung der Zuhörerschaft eine ausgezeichnete und marxistisch wohl-fundierte Analyse des jüngsten deutschen Imperialismus gab. Er ging auf die gefährliche Zolpolitik, auf die Militarisierung und auf die immer weiter fortschreitende Reaktion in Deutschland ein. Betonte mit Liebknecht'schen Worten „der Feind steht im eigenen Land“, umfiß unsere Tages- und Kampfeslosungen, und endete: „Je größer die Not, je größer die Ausbeutung, desto größer die Empörung, desto größer der Zorn des Proletariats. Der Ausweg? Das Proletariat muß aus der Verteidigungsstellung in die Angriffsstellung übergehen. Langanhaltender Beifall dankte dem Referenten.“

In der Diskussion sprach der unvermeidliche Genosse Brodke von der KPD, der nicht umhin kann, sein volles Einverständnis mit den Ausführungen des Genossen Fabian festzustellen. Schlußworte gestimmt gab er uns das Zeugnis in. Dann kamen altbekannte Walzen. Die Diskussionsrede gipfelt schließlich in der abgebrachten Melodie von dem „guten revolutionären Stimm der Mitgliedschaft der SAP“ und den „bösen ver-äpeltischen Führern der SAP“.

Nachdem noch ein Genosse von den Syndikalistikern gesprochen hatte, zeigten die Genossen Eckstein und Fabian in ihrem Schlusssatz unter großem Beifall der Versammlung die Haltlosigkeit und Schließheit der Brodkeschen Ausführungen. Mit einem Hoch auf die SAP wurde die eindrucksvolle und erfolgreiche Versammlung geschlossen.

FAD zieht weitere Kreise Jetzt auch für Frauen

Liegnitz, 26. Oktober.

Wie wir hören, beabsichtigt das städtische Wohlfahrtsamt, im Rahmen der Winterhilfe Wäschestücke anfertigen zu lassen. Zunächst wurden hierfür 500 Mark zur Beschaffung von Barchent ausgeschüttet. Den weiblichen Erwerbslosen stehen eine Anzahl Nähmaschinen zur Arbeit zur Verfügung. Gegenwärtig ist man mit der Frage beschäftigt, wie man den Arbeitsdienst für die weiblichen Erwerbslosen am zweckmäßigsten aufzieht.

Die Wäschenäherinnen von Liegnitz werden die Auswirkungen dieses Arbeitsraubes durch den FAD zu spüren bekommen.

Zwei Jahre Zuchthaus wegen eines Opferstockes

Schweidnitz, 26. Oktober.

Das Schöffengericht Schweidnitz verurteilte die Arbeiter Walter Wendt und Walter Röhl aus Berlin, die am 8. August d. J. den Opferstock der katholischen Kirche in Grützig beraubt hatten, zu zwei Jahren Zuchthaus bzw. sechs Monaten Gefängnis.

Wie heißt es doch? „Wer zweien Röcke besitzt, der gebe einen dem, der keinen hat.“

Im Steinbruch tödlich verunglückt

Landeshul.

Vor einigen Tagen verunglückte der Steinarbeiter Max Opitz in dem Ludwig'schen Steinbruch in Konradswaldau tödlich. Er wollte während des Betriebes einen Riemen ausheben und kam dabei mit der Arbeitskleidung in das Getriebe. Die Verletzungen, die Opitz davontrug, waren so schwer, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Opitz steht in den dreißiger Jahren und hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Nach der Entlassung Selbstmord verübt

Schweidnitz, 26. Oktober.

In einem Wäldchen in der Nähe von Nieder-Bögendorf wurde ein Jüngling tot aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 16jährigen Melkerlehrling Richard Galle aus Glatz-Halbendorf handelt. Dieser war zuletzt auf dem Dominium Pfaffendorf, Kreis Reichenbach, beschäftigt, dort aber wieder entlassen worden, weil er noch zu schwächlich war. Der Junge hat nun wahrscheinlich aus Angst, nach der Entlassung wieder nach Hause zurückkehren zu müssen — sein Vater soll ihm eingeschärft haben, auf dieser Arbeitsstelle endlich einmal auszuhalten — den Selbstmord verübt.

18000 Zentner Heu 1000 Zentner Kartoffeln verbrannt

Glogau, 26. Oktober.

Dienstag früh brannte in Polkwitz die mit 18000 Zentnern Heu und 1000 Zentnern Kartoffeln gefüllte Scheune des Dominiums Bausau vollständig nieder. Die Scheune stand im Nu über und über in Flammen, so daß an eine Rettung nicht mehr zu denken war. Das im anschließenden Stall untergebrachte Vieh konnte noch rechtzeitig ins Freie geschafft werden. Man nimmt an, daß es sich um einen Raucherakt handelt. Das Dominium gehörte der Krankenkasse der Reichsbahndirektion Dresden, die das Gut unter Zwangsversteigerung erworben hatte. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort eingeleitet.

Der geheimnisvolle Koffer auf der Landstraße

Waldenburg, 25. Oktober.

Auf der Straße von Bad Salzbrunn nach Adelsbach entstieg des Nachts ein Mann einem Kraftwagen, warf drei gefüllte Säcke und einen Koffer ab, übergab die Sachen mit einer brennbaren Flüssigkeit und setzte sie in Brand. Dann fuhr der Kraftfahrer in schnellstem Tempo in der Richtung Waldenburg zurück. Aus den Ueberresten der verbrannten Sachen konnte eine Damenjacke ermittelt werden. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Nummer des Fahrzeuges festzustellen.

Werdet Mitglieder der IHV!

In der „SAZ“ vom 16. Oktober berichteten wir ausführlich von dem Prozeß vor dem Gleiwitzer Sondergericht, bei dem der Staatsanwalt gegen fünf von sieben Angeklagten je 10 Jahre Zuchthaus beantragt hatte und bei dem durch die geschickte Verteidigung durch

Arbeitereltern!

Befreit eure Kinder am 9. November vom Schulunterricht

den Genossen Eckstein erreicht wurde, daß den Strafanträgen nicht im entferntesten entsprochen wurde. Vier Angeklagte wurden „nur“ zu je 1 Jahr Zuchthaus und ein Angeklagter zu einem Monat Gefängnis verurteilt, während zwei Angeklagte freigesprochen wurden. Sämtliche sieben Angeklagten waren Mitglieder der „Roten Hilfe“ und der KPD.

Trotz mehrfachen Drängens lehnte die „Rote Hilfe“ einen Rechtsschutz ab und erklärte zuletzt, sie würde in der Berufungsinstanz Rechtsschutz stellen,

trotzdem es bei den Sondsgerichten kein Berufungsverfahren gibt. Hören wir die Angeklagten selbst, die folgende Erklärung veröffentlichten:

„Wir, die in dem wegen Aufruhrs vor das Sondergericht gestellten Angeklagten, gehen hiermit die Erklärung ab und stellen fest, daß uns, trotzdem wir langjährige Mitglieder der „Roten Hilfe“ sind, gar keine Hilfe gewährt wurde. Wir haben uns bereits 3 Wochen vor dem Termin an die „Rote Hilfe“ gewandt und sie mit der Bitte bestürmt, uns Rechtshilfe zu stellen. Wir wurden aber immer wieder abgewiesen. In

letzter Stunde wandten wir uns an die Internationale Hilfs-Vereinigung, die dann auch gleich in Tätigkeit trat und uns einen Verteidiger stellte. Wir zollen der IHV die vollste Anerkennung und richten an alle klassenbewußten Arbeiter den Appell, Mitglieder und Mitarbeiter der IHV zu werden, um nicht so, wie wir, enttäuscht und verlassen dazustehen.“

Mit Rot Front

Emma Altmann, Josef Altmann, Martha Czeck, Paul Czeck, Josef Wanjek, Hedwig Wanjek, Mathias Roczek

(sämtlich Mitglieder der KPD).“

Eine Pleite und unsere Antwort

Am Freitag früh hatte die NSBO-Betriebszelle der Rohrnetzbetriebe mit einigen hundert Handzetteln zu einer Versammlung ins braune Haus, Taschenstraße, über das Thema „NSBO und Gewerkschaften“ eingeladen. Von der Belegschaft von 500 Mann waren 16 Mann einschließlich mehrerer Beamter und technischer Angestellter erschienen. Als einige Kollegen die Auffassung vertraten, daß man doch eine Diskussion machen müsse, wurde von der Versammlungsleitung bekanntgegeben, daß die NSBO-Betriebszelle kein Diskutierklub sei.

Der Kampfausschuß der Rohrnetzbetriebe hat darauf beschlossen, am Montag, dem 31. Oktober, 20 Uhr, im „Lesing“ einen politischen Ausspracheabend zu machen, bei dem selbstverständlich in freier Aussprache über die politische Situation diskutiert werden soll.

November 1918

November 1932

Revolutionserinnerung am 2. November, 18 und 20.15 Uhr im großen Saale des Konzerthauses, Gartenstraße 39-41

PAUL FRÖLICH

Der Mitarbeiter Lenins, der bekannte Spartakuskämpfer spricht.

Wir zeigen einen Großfilm der russischen Revolution

Eintrittspreise für 18 Uhr: 20, 30 und 40 Pfg., für 20.15 Uhr: 25, 35 und 45 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Partei Breslau

LEONLINE VON LINKS GESEHEN

Stadttheater: Der Teufelsreiter

Die dritte Operettenproduktion dieser Saison hatte deshalb besonders festlichen Charakter, als man sich die neueste Operette von Emmerich Kalman zur reichsdeutschen Aufführung ausgewählt hatte. So wurde dieser Abend zwar nicht, wie man erwarten mochte, zu einem großen Abend der Oper, so doch zu einem Abend der Operette. Für diese reichsdeutsche Aufführung hatte man alle Kräfte und Mittel aufgebracht und Komponist und Autor waren selbst erschienen, um sich für den Erfolg zu bedanken. Das Textbuch von Schanzer und Welisch verpflanzt die Handlung nach Wien zur Zeit Metternichs und nach Ungarn. Das gibt Gelegenheit, eine politische Note anzubringen und wenn nun ein ungarischer Husarenoffizier als Vertreter des Volkes, das von Metternich besonders in seiner Freiheit bedrängt war, die Tochter dieses verschlagenen Diplomaten liebt, dann ist der typische Operettenstoff mit Liebe und Leid und happy-end gegeben.

Auch in der Musik "almans treffen sich ungarische Töne mit Wiener Melodien, in die sich auch durch die Instrumentierung einige moderne Töne mischen. Die Musik gehört sicher nicht - etwa im Verhältnis zur Griffin Mailza - zu den stärksten Leistungen Kalmans. Wenn sich sicherlich auch einige Schlager durchsetzen werden, so haben sie dieses Mal schon in der Aufführung selbst etwas von der Natur eines Reifers.

Für die Aufführung hatte man sich im wesentlichen der prägnanten historischen

Achtung! St. E. W.-Arbeiter!

Sonabend, den 29. Oktober, 19 Uhr:

Filmveranstaltung

Das neue Rußland

oder „Der Mann, der das Gedächtnis verlor“.

Rezitationen - Sprechhör - Ansprache für alle Kollegen und deren Angehörige.

Eintritt fre!

Veranstaltet durch PKG (Proletarische Kulturgemeinschaft).

Kostüme der Wiener Aufführung bedient, die durch ihre Vielseitigkeit, ausgesuchte Schönheit und Ueppigkeit den Erfolg des Abends sicherstellten. Das Orchester betreute - wie immer mit Liebe und Sorgfalt - Herrmann Wetzlar. Für die Hauptrolle, den Teufelsreiter, hatte man sich Harry Payer aus Wien als Gast verschrieben, der durch seine angeborene Frische, durch seine ansprechende Stimme und gefälliges Spiel, die Aufführung beherrschte. In Breslau dürfte es kaum einen Nachfolger für ihn geben. Ellen Pfizner als

„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“

von Fritz Sternberg

Was schreibt der Gegner

Über Fritz Sternbergs Buch „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“

Es heißt im „Vorwärts“: „Sternbergs analytischer Bogen gelingt auch in dem neuen Werk eine übersichtlich gegliederte Darstellung des deutschen Kapitalismus in seiner Verflüchtung mit d. niedergehenden Weltwirtschaft.“

Und nach einer vom Standpunkt des Vorwärts geführten Polemik gegen die politischen Teile - - - „Dieser (politische) Einwand betrifft aber nicht die ökonomischen Teile des Werkes, die als breiten Erfahrungsmaterial vorarbeitet haben und für jeden von Wichtigkeit sind, der sich über die Geschichte des deutschen Nachkriegskapitalismus informieren will.“

Das Buch ist nach wie vor für unsere Genossen zum Preis von 4.50 Mk. statt 9.- Mk. über die Geschäftsstelle der SAZ, Kl. Holzstr. 3 zu beziehen

Leonline hat ihre Stimme wie ihre Darstellungskunst verbessert. Charmant wie immer Anny Künze als Tänzerin Anton. Leo Welsh gesattelt Metternich eindrucksvoll und Julius Wilhelm begeistert wie stets durch seine unverwundliche Komik in vielen Nebenrollen.

Otto Dewald hatte geschickt die Inszenierung besorgt. Einige Kürzungen wären wünschenswert, die Aufführung dauert 4 Stunden. Ob der Erfolg ein bleibender bei weniger guter Besetzung und Ausstattung ist, muß bezweifelt werden. Vier Aufführungen in einer Woche sind jedenfalls für eine Oper etwas mehr als reichlich.

Wegen 60 Pfennig

Waldenburg, 26. Oktober.

In der ersten Morgenstunde des Montag gerieten in der Gastwirtschaft „Goldener Stern“ in Waldenburg-Altwasser drei angefrankene Gäste wegen einer Zechenschuld von 60 Pfennig in einen Streit, der so heftig wurde, daß der in der Gastwirtschaft anwesende, an der Auseinandersetzung aber uneteiligte Kriegsbeschädigte Henke aus Weißstein zu seinem Schutz seinen Führer freiließ. Einer der Streitenden zog darauf eine Pistole und gab zuerst auf den Hand einen Schuß ab, der diesen in den Hals traf, und verließ dann den Kriegsbeschädigten durch einen Schuß in den Unterschenkel, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Zwei der Streitenden, unter ihnen der Täter, flüchteten. Der dritte wurde festgenommen. Wegen der Folgen allzu reichlichen Alkoholkonsums konnte er noch nicht vernommen werden.

Wegen Doppellehe verurteilt

Glogau.

Die große Strafkammer verurteilte den Arbeiter Martin Mendyka aus Fraustadt wegen Doppellehe zu einem Jahr Gefängnis. M. hatte seine erste Frau verlassen, von der er behauptete, daß sie es mit der ehelichen Treue nicht so genau genommen habe, und eine andere Frau geheiratet, ohne daß die erste Ehe geschieden war. Erst nach seiner Verhaftung reichte er die Scheidungsklage ein. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt.

Im Personenzug vergiftet aufgefunden

In dem am 25. Oktober um 5.53 Uhr aus Oberschlesien in Breslau eintreffenden Personenzug wurde eine Frau vergiftet aufgefunden. Sie hatte die Abortanlage aufgesucht und dort Gift zu sich genommen. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um

Deutscher Freidenker-Verband

Abtlg. Zimpel-Bischowalde. Am Donnerstag, dem 27. Okt. 8 Uhr abends, Protisivversammlung bei Wittke.

„Es lebe der Zwinkel“

Mitwirkende u. a.: Freie Turnerschaft, Kinder der Sommerschule.

die 43jährige Ehefrau Marie L., die vermutlich aus Hindenburg stammt. Man fand bei ihr eine Fahrkarte Hindenburg-Breslau. Die Frau wurde in bewußtlosem Zustande dem Wenzel-Hincke-Krankenhaus zugeführt, wo sie das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hat. Dem Rest eines weißen Pulvers, offenbar des Giftes, fand man bei ihr noch vor.

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau B. V., Abt. Nord: Sonntag, 29. Oktober, 10 Uhr, Abteilungsversammlung im Gewerkschaftshaus.

ORGANISATIONS NACHRICHTEN SAP

Besatz Mittelteschlen. Sekretariat Breslau. Kleine Holzstraße 3. Telefon 56766

Stadtteil Ost: Freitag, 17 Uhr, kommen alle Genossen unter 30 Jahren zu einer wichtigen Besprechung zusammen.

Sonntag, früh 9 Uhr, kommen alle Parteigenossen zu wichtiger Partearbeit zusammen. Wer Red hat, mitbringen.

Beide Zusammenkünfte im Karl-Liebknecht Heim, Marthastraße 11.

Distrikt 48: Freitag, den 28. Oktober, im Stadthaus Stadelwitz, Distriktversammlung.

Sonntag, den 30. Oktober, um 7 Uhr, im Heim, Merkerstraße 2

2. Proletarische Abendstunde

1. Einzelendow Keferat des Genossen Koch

2. Ein Film von der Arbeiterolympiade in Wien

3. Konzert auf Schallplatten

Heimspende 10 Pfg. Der Heimeschul

Genossen! Wir müssen bemüht sein, die Revolutionstafel zu einer wichtigen Wahlkampagne zu gestalten. Es ist notwendig mit aller Kraft zu werben. In beiden 2 Veranstaltungen statt: um 6 und 8 Uhr, Preis um 6 Uhr: 20, 30, 40 Pfg., um 8 Uhr: 25, 35, 45 Pfg. Karten bei Gen. Rettig und im Büro.

Sekretariat Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10-12 Uhr u. Donnerstag von 18-20 Uhr

Monatliche Jugend (Zentral): Haut 4/30 Uhr, ist alles im Heim Friedrich-Wilhelm-Straße. „Ernstes und Heiteres“ von Kurt Tucholski. Güte willkommen

Geschäftliches

„Die Freude flieht auf allen Wegen der Arger kommt uns gern entgegen“ sagt Wilhelm Busch. Deshalb muß man die Freude festhalten und dem Arger ein den Weg geben. Guter Kaffee bereitet Freude. Die Coffeinhaltung historisch aber ist für mangelhaft doch recht ärgerlich. Darum coffeinfreies Kaffee Hag trinken! Er ist völlig unschädlich und darft höchster Genuss.

STADTHEATER
Donnerstag, 20. gegen 23
Der Freischütz
Freitag, 19.30-23
Der Teufelsreiter
Sonabend, 20. gegen 23
Abonnements-Vorstellung G 4
Der fliegende Holländer
Genossen Beachtet
unsere Inserate!

LOBETHATER
Ftäglich 20.15-22.30
Sonntag, 15.30-17.45
Die endlose Straße
Sonabend, 20.15
Zum 1. Male
Shakespeare's
Komödie der Irrungen
in neuer Fassung v. Hans Roth
GERHART-HAUPTMANN THEATER
Ftäglich 20.15-22.1
Sonntag, 15.30-17.30
Meine Schwester und ich
Sonabend, 20.15
Zum 1. Male
Donnerstag, 17. April
Schauspiel von Ludwig Zilber

KAFFEE HAG
der coffeinfreie Bohnenkaffee
zu haben bei:
Hugo Rinner, Opitz-Straße 28
Ecke Yorkstraße
Kolonialwaren, Spirituosen
Edeka-Geschäft!

Welsh
Blindly's Brown Bitter zu Brublow

Was will die **SAP?**
Prinzipien-Erklärung
Aktionsprogramm
mit einem Vorwort von Paul Frölich
brochürt 10 Pfg.
Erhältlich im Parteibüro, bei den Zeitungshändlern und Funktionären.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inhaber: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterschaft“ Breslau, Lohndruck: Th. Schandorff AG, Breslau, Neue Graupenstraße 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 2 i. Treppen. Telefon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebu 98, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postbezeichnung Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.56 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr, Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.50 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3 i. Treppen. Telefon 206 02

Achtung Parteigenossen! Achtung Arbeiterkammer!
Für die Einrichtung zweier Kinderfreundehäuser im Nikolaitor und Pöppelwitz benötigen wir eine Reihe von Sachen zur Inneneinrichtung wie: Tische, Stühle, Scherben, Schränke, Beleuchtungskörper, Regale, Ofen, Abtreter, Platten, Böcke usw.
Reparaturbedürftiges Material wird von uns instandgesetzt.
Meldungen zwecks Abholung an die Geschäftsleitung der Zeitung Kleine Holzstraße 3 ergeben.
Alle Sachen werden dankend entgegengenommen. Wir hoffen auf soliden Unterstützung
Arbeiter-Kinderfreunde Breslau
Geschäftsstelle Seydlitzstraße 1

Wo decke ich meinen Bedarf?

ONLAUER TOR
Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Milchkonfekte, Spirituosen
Vorwerkstraße 78, Ecke Lisestraße
Erich Freitag
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren
Spirituosen • Weine
Karl-Marx-Str. 38
Tabak • 87,
Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Karl-Marx-Str. 38
PAUL RUDOLPH
Brüderstraße 48 Ecke Palmstraße
Edeka-Laden / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

Malguth's Fr. W. u. F. Kolonialwaren
Karl-Marxstraße 39.
Josef Thomas
Inh.: Johann Heilig / Mauritianplatz 12
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren • Wein
Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren • Weine • Spirituosen
Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 135

R. & E. Norway
Kolonialwaren
9% Rabatt auf sämtliche Waren
W. Krieger
Steinstraße 81 Telefon 206 39
Kolonialwaren • Delikatessen
Roos-Drogerie Inhaber: Karl Hubrich
Karl-Marx-Str. 38
Erich Hoffmann
Jetzt Bohrauerstraße 38
Telefon 167

SUD U. SUBWEST
Kolonialwaren • Spirituosen
Ede a-Geschäft Martin Fischer Augustastr. 24.
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft Brandenburgerstraße 21
Erich Langner
Kohlenhandlung
Augustastr. 25 - Fernsprecher 881 00
Besucht das
„Proleten“
Arbeiter-Sport-Kartell

Giftgas über Dir

Viereinhalb Jahre Phosgenprozesse

Der 20. Mai 1928 war ein Frühlingssonntag, wie er sein soll. Tausende von Großstadtmenschen drängten in die schöne Umgebung Hamburgs, besonders das nahe Vorland der Lüneburger Heide, die Umgebung der Stadt Harburg war, wie immer an Sonntagen, das Ziel zahlreicher Ausflügler. Unter Führung ihrer Lehrer waren ganze Schulklassen unterwegs und an Flüssen und Kanälen standen die Angler beisammen.

Auch an dem träge fließenden Kanal, der das Hamburger Stadtviertel Veddel durchschneidet, sah man zwei Arbeiter, die hier ihren Sonntagmittag verbrachten und hinter ihren langen Angelrutten ins Wasser blickten. Von irgendwoher drang der dumpfe Schall einer Explosion an ihr Ohr. Kaum daß die beiden deswegen aufblickten; denn der nahe Hafen hat manche ähnliche Geräusche; der Stoß eines ankommenden Ozeandampfers an der Kaiwand, das Stampfen irgendwelcher Maschinen, das gellende Hupensignal eines Motorschiffes. Niemand achtete darauf.

Indessen schlich, tief am Boden kriechend, eine unsichtbare Wolke, der Tod, lautlos heran. Ein alter Fabrikessel war auf dem jenseitigen Ufer geblieben, ein gewöhnlicher Kessel, der dort im Freien stand, inmitten einer kleinen Betriebsanlage. Ein eiserner Tank, dessen porös gewordene Wände, durch die strahlende Maiensonne erwärmt, dem Druck der Ausdehnung nicht standgehalten hatten. Ein Riß, ein dummer Knall — nichts weiter. Nichts weiter, als daß plötzlich ringsum das frischgrüne Gras verwehte, die spärlichen Blumen plötzlich verdorrten, das Laub der Bäume vergilbte. In unmittelbarer Metallteile verfrachten sich merkwürdig, und die Eisenbahnschienen zeigten eine grünlige Farbe; alles Leben schien ringum plötzlich erstarbt. Quer über Wasser und Wiesen, vom sanften Nordwestwind langsam getrieben, suchte sich die Gaswolke ihre Bahn.

Bald fand sie die Menschen; die beiden Angler, die am Kanal standen, schlugen zu Boden, wanden sich in plötzlichen Krämpfen. Ihre Hände krallten sich in das verdorrte Gras, in furchtbarem Erstickenanfall verfloß ihr Atem, quälvoll sterbend, ahnten sie nichts von der Ursache ihres Todes. Indessen wanderte die grausame Wolke über ihre ersten Menschenopfer fort — nach neuen suchend. Sechs Kubikmeter Phosgen gegen eine Stadt von 100 000 Einwohnern; das ist nicht viel, kann nicht viel bedeuten, denkt man. Es bedeutete immerhin, daß dreihundert Menschen zusammenbrachen. Daß sich Eltern und Kinder vom Gifttauch getroffen am Boden wunden, daß zehn von ihnen unter schrecklichen, stundenlangen Qualen der Vergiftung erlagen, daß langdauerndes Siechtum, gefährliche Erkrankung die Lebens- und Arbeitsfähigkeit von über hundert Menschen verminderte und dauernd schwächte, daß ein ganzes Stadtviertel in wilde Panik geriet und sich Tausende in regelloser Flucht und völliger Verwirrung nach Hamburg wandten, wo ihnen zunächst in den großen Auswandererhallen der Hamburg-Amerika-Linie ein rettender Unterschlupf gewährt werden konnte. Furchtbare Gefahren, wenn in diesen Momenten der vollkommenen Kopflosigkeit, der Massenpanik der Wind umgeschlagen wäre, wenn aus dem Nordwestwind ein Südostwind geworden wäre, wenn sich die Gaswolke wieder den Flüchtlingen an die Fersen gehaftet, sie eingeholt hätte, auf den überfüllten Straßen zwischen Harburg und Hamburg, dann etwa sich verkrochen hätte in den dichtbesiedelten Wohnbezirken an diesem Grenzteil der Stadt. Eine günstige Windrichtung, nichts anderes, hat diese Ausweitung der Katastrophe verhindert. Die Phosgenwolke, vom aufrischenden Nordwestwind getrieben, streifte die Peripherie von

Harburg, zerflatterte dann in der weiten Heide, sammelte sich in den tieferliegenden Niederungen der Kiefernforsten und löste sich langsam auf. Tagelang mulden Indes bestimmte Bezirke noch gemeldet, die Schulen dort geschlossen gehalten werden. Tagelang laurierten Reste des sich nur langsam zersetzenden Gases in Vertiefungen und Löchern auf neue Opfer.

Was war geschehen? Ein Kessel mit Phosgen war geplatzt. Auf offenem Fabrikgelände, inmitten eines dicht besiedelten Stadtbezirkes stand ein schlecht bewachter Tank mit Giften, die hinreichen, eine ganze Stadt zu verderben. Besitzer dieser Stoffe war eine chemische Fabrik, konzessioniert, Phosgen herzustellen und damit für gewerbliche Zwecke Handel zu treiben. Aber unter solchen Bedingungen? Unter einer so miserablen Sicherung, die zuließ, daß schon während der Sonnenstunden den im Innern gefangen gehaltenen Massentod befreien konnten? Wer trägt die Verantwortung für solche Zustände und ihre Folgen?

Riesengroß erhob sich die Frage nach der Verantwortung für die Katastrophe. Zunächst gab es Kompetenzkonflikte, da sich die preussische Stadt Harburg, an die sich die unmittelbar betroffenen Einwohner um Hilfe gewandt hatten, für unzuständig erklärte. Denn auf hamburgischem Boden war in die Explosion erfolgt. In Hamburg war man bereit, die Verantwortung, wenigstens nach der einen Seite hin, zu übernehmen. Man verkündete, daß es unmöglich länger angingig sei, eine derartige Giftgasanlage mitten zwischen Wohnbezirken zu unterhalten. Man griff energisch durch und beschlagnahmte kurz entschlossen noch ein Lager von 3000 Phosgenflaschen, das bei der gleichen Fabrik vorhanden war, verfrachtete sie auf einen staatlichen Sonderdampfer und versenkte sie in den Atlantischen Ozean in 4000 Meter Tiefe. Kurz danach kam es zum ersten Prozeß des Besitzers der Fabrik gegen den Hamburger Staat; es ging um die Entschädigung für die Vernichtung der Giftgasflaschen. Fast gleichzeitig aber entwickelte sich der zweite, — viel weitergehende — Pro-

zeß; in ihm ging es um die Übernahme einer sozialen Verantwortung, die der Staat rigoros ablehnte. Es kam also dahin, daß 129 Menschen, die erst in wochenlangender Behandlung in Krankenhäusern, dann in dauernder Schwächung ihrer Gesundheit die furchtbaren Folgewirkungen der Phosgenvergiftungen verspüren mußten, um eine Hilfsaktion des Staates prozessierten. Dieser suchte die Ablehnung solcher Hilfe mit Gründen der „Staatsraison“ zu rechtfertigen; es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden, sonst könne ja leider, dem auf der Straße ein Ziegelstein auf den Kopf falle, dem Staat haltbar machen. Was aber die Kontrolle der Phosgenfabrik betrafte — so sei natürlich alles in Ordnung gewesen. Die staatliche Aufsicht habe niemals versagt. Wer also wolle den Staat für etwas verantwortlich machen, woran er nicht die geringste Schuld trage? 129 giftigkranke Menschen versuchten dennoch, durch drei Instanzen hindurch ihr Recht zu bekommen. Die Urteile der Vorinstanzen schwankten, zuletzt entschied das Reichsgericht für endgültige Ablehnung. Die Staatsraison triumphierte über die Humanität.

Jetzt, nach viereinhalb Jahren nutzlosen Kampfes, gibt es eine neue Ueberprüfung. Noch einmal wird in Kürze das Phosgenopfer durch die Hamburger Gerichtswägen ziehen. Neues Material und neue Zeugenaussagen haben in einem andern Prozeß die entscheidende Frage der staatlichen Verantwortung noch einmal in den Vordergrund geschoben. Unter Eid wurde behauptet, der explodierte Phosgenkessel sei überfüllt gewesen und die staatliche Kontrolle habe versagt. Bestätigen sich diese Angaben in diesem neuen Prozeß, so wird die behördliche Verantwortlichkeit festgestellt. Möglich aber bleibt, daß auch das neue Material nicht hinreicht, die Gründe der „Staatsraison“ zu widerlegen. Möglich ist, daß auch die letzte Hoffnung der Phosgenkranke, die sich längst zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen haben, enttäuscht wird.

Der Klassenrat von heute hat nicht viel für soziale Gerechtigkeit übrig.

Nazi als Schulreaktionäre

950 Mark Jahresgehalt für Junglehrer

Oldenburg. Das Ministerium der Schulen und Kirchen hat eine umfangreiche Verfügung erlassen, worin in der Besoldung der Volksschullehrer — selbstverständlich besonders in den unteren Klassen — gewaltige Veränderungen vorgesehen sind. Zunächst wird verordnet, daß ein in höhere Stellung aufrückender Lehrer nicht in die Besoldungsgruppe seines Vorgängers kommt. Nur diejenigen, die die sogenannten Stellenzulage schon beziehen, behalten sie auch bei einem Wechsel.

Besonders fällt auf, daß man da abbaut, wo schon nichts mehr ist — bei den Junglehrern. Und da geht die Naziregierung den Weg der Kulturreaktion, der schon vom Ministerium Kassebohm beschritten wurde, weiter. Damals wurden gegen 150 Junglehrer abgebaut, oder teils in Drittel- und Halbstellungen eingesetzt. Jetzt bewilligt man einem Lehramtskandidaten, der in den Volksschuldienst eingestellt wird, den Unterschiedsbetrag von 959,54 Mk. Dieser Betrag wird vom Gehalt eines Rektors eingespart, wenn er entweder pensioniert oder zur Disposition gestellt wird. Aber für diese

950 Mark pro Jahr

muß der Junglehrer volle Arbeit leisten. Im allgemeinen läuft es darauf hinaus, daß eine Beförderung nicht mehr möglich wird und daß die Junglehrer für diesen Hungerlohn auf lange Sicht arbeiten müssen, wenn nicht die Arbeiterschaft auch dem Faschismus auf diesem Gebiet ein Halt gebietet. Die NSDAP spielte sich noch vor Monaten als die Hüterin „deutscher Kultur“ auf und wandte sich gegen die Schulpolitik der früheren Regierung. Jetzt an der Macht, zeigt sie sich äußerst „kulturfördernd“.

Die Volksschullehrer müssen von der geschlossenen Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen diese Pläne der Röver-Regierung nach besten Kräften unterstützt werden. Leider ist auch auf diesem Gebiet die Arbeiterschaft noch nicht aktionsfähig, da die SPD wie KPD durch ihre Sabotage der Einheitsfront einen gemeinsamen Kampf aller Ausgebeuteten unmöglich machen. — Wir fordern deshalb die kampfgewillten Lehrer auf, den einzigen Faktor, der unermüdlich für des Zustandskommen einer wirklichen kämpfenden Einheitsfront wirkt, die Sozialistische Arbeiter-Partei zu stärken. Und bei der Reichstagswahl am 6. November für die Liste der S A P zu stimmen!

Haftbefehl gegen Bankier Hintze

Berlin, 26. Oktober.
Gegen den früheren Bankier Wilhelm Hintze, dem Ehegatten der Kammeranwältin G. Buderhagen, ist wegen versuchten Totschlags vom Oberlandesrichter heute Mittag Haftbefehl erlassen worden.

Verkehrsunfall in Leipzig

Leipzig, 26. Oktober.
Zwischen einem Kraftwagen und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern ein Zusammenstoß, bei dem zwei Personen den Tod fanden; eine Person wurde schwer verletzt. Der Kraftwagen wurde zertrümmert.

Schwerer Unfall beim Fischfang

Wintersdorf (S.-Altenburg), 26. Oktober.
Ein schwerer Unfall, der einen Toten und drei Verletzte forderte, ereignete sich hier, als der Maurermeister Franz Bernstein aus Zedau in einem Wasseloch der alten Tongrube Fische fangen wollte. Als Bernstein einen mit einer Zündschnur versehenen Sprengkörper ins Wasser werfen wollte, um die Fische zu beläuben, explodierte der Sprengkörper vorzeitig. Bernstein wurde auf der Stelle getötet, drei seiner Freunde, die um ihn herumstanden, wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

Erfolge der deutschen Architekturausstellung in der UdSSR

Moskau, 25. Oktober.
Nach einer Ausstellungsdauer von 25 Tagen ist die deutsche Architekturausstellung geschlossen worden. Die Ausstellung war ein großer Erfolg; etwa 20 000 Personen haben sie in der knappen Zeit von dreieinhalb Wochen besucht. Einem Mitarbeiter der Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärte der Ausstellungsleiter, daß das Interesse des Publikums alle seine Erwartungen übertroffen habe. Die Ausstellung wird nunmehr zunächst in Leningrad und dann in Charkow gezeigt werden.

Esperanto

Die politische Lage erfordert, heute mehr denn je, eine Verständigung der Arbeiterschaft der ganzen Welt untereinander. Diese, sei es auf Kongressen oder durch schriftlichen Verkehr, ist jedoch nur möglich durch die Welt-Hilfssprache Esperanto, die auf der ganzen Welt verbreitet ist und von jedermann leicht erlernt werden kann. Esperanto sollte deshalb jeder Arbeiter neben seiner Muttersprache sprechen. Der Sozialistische Esperanto-Bund hat Ortsgruppen, die über das ganze Reich verbreitet sind und es ist somit jedem Gelegenheit gegeben, sich zu den jetzt überall beginnenden Kursen für Anfänger einzufinden. Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Weiße Zähne Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

80) Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER
Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Vervielfältigung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Und keine Polizei ist mehr da, keine Militärgewalt.

Die Gebäude, in denen die Macht residierte, deren Höfe am Morgen noch vom Getrappel und Schnauben der zur Attacke bereitstehenden Pferde widerhallten, stehen jedermann offen. Die Luft ist gesättigt vom Staub der marschierenden Kolonnen, ist durchzittert von Marschliedern und vom Echo vereinzelter Gewehrsalven.

Aus der Luke eines der Schloßportale, aus dem Marstall, von den Dächern der Universität und der Bibliothek herunter wird geschossen. Hysterische, ziellose Feuerüberfälle über die Köpfe der Menge weg, die nur wenige Opfer fordern. Die in die Gebäude eindringenden Demonstranten, die die Räume, Böden und Dächer absuchen, können von den Schützen nichts mehr entdecken.

Auf dem Brandenburger Tor hat sich eine Revolutionstruppe postiert. Unter den Leibern der patinabedeckten Quadriga haben sie ein Maschinengewehr in Stellung gebracht und fangen plötzlich wie irrsinnig auf einige im Tiergarten flackernde Lichter zu schießen an und hören eben so plötzlich wieder auf. Konterrevolutionäre Truppen sind von Spandau her im Anmarsch, hatte man den Soldaten oben gemeldet, aber es waren nur die Stalllampen friedlich ihres Weges ziehend der Führer.

Die Tore der öffentlichen Gebäude stehen offen:
Im Polizeipräsidium bewaffnen sich die Arbeiter.
In den Kasernen suchen Obdachlose Zuflucht.

Auf dem Hof des Kriminalgerichts brennt ein Scheiterhaufen von Aktenbündeln.

In den hellerleuchteten hohen Räumen des Reichstages strömt das Volk zusammen. Emil Barth verlegt die im Obergeschoß tagende Funktionärskonferenz der Revolutionären Obleute in den großen Plenarsaal. Die von Richard Müller gesammelten Arbeiter und Feldgrauen, und die Matrosen, die Dorrenbach um sich gesammelt hat, strudeln hinterher. Und von dem mit roten Tuch bedeckten Präsidium des Reichstages herab erklärt Barth die erste Sitzung des Großen Berliner Arbeiter- und Soldatenrats für eröffnet.

Vor den verschlossenen Türen des Zirkus Busch hat sich eine große Volksmenge angesammelt und begehrt Einlaß. Duncker, der zu der Massenversammlung im Zirkus eingeladen hat, verhandelt mit der Direktion. Ein ängstlich durch das Vestibül laufender Herr erklärt, niemand in das Haus einlassen zu dürfen, der Soldatenrat habe die Versammlung verboten. Erst nach einigen Telefongesprächen, nach dem Hinweis Dunckers und der telephonischen Bestätigung aus dem Reichstag, daß sein Soldatenrat „nicht der richtige, sondern einer von den fünf falschen sei, die nichts zu sagen haben“, und unter der drohenden Haltung der wartenden Menge klopft er die Türen aufschließen. Duncker, der mit Liebknecht, mit Meyer und anderen Genossen der Spartakusgruppe telephoniert hat und sich bemühte, Kräfte für die Redaktion des „Lokal-Anzeigers“ heranzuziehen, steht hier fast allein. Kein Versammlungsleiter, kein weiterer Redner, alles bleibt improvisiert. Nur seine Frau Käthe hat sich zu seiner Unterstützung eingefunden und steht neben ihm auf der hohen Plattform, von der sonst die Zirkuspantomimen Pferde und Elefanten ihren Rutsch ins Wasser antreten. Das Haus ist schlecht und einseitig beleuchtet. Ueber sich auf einem der Ränge sieht Duncker einige bekannte Gesichter, die Näherin aus dem Quergebäude und andere Bewohner aus dem Hause Boxhagener Straße 46, in dem ebenfalls eine Handvoll Flugblätter verteilt worden waren, — der Flecken bleicher blickte auf dem Mittelrang, ein zweiter am anderen Ende

des Zirkus, ein dritter unter dem Dach werden von den einfallenden Lichtbündeln hervorgehoben, sonst liegt der Bau in weiter Dämmerung. Die Reihe um Reihe ansteigenden Köpfe der Besucher umringen den verloren auf der Plattform stehenden Duncker wie ein ins Unendliche ansteigender nebelhafter Trichter. Und die zwei zerzausten Oleanderbüsche, die ein paar Männer nach vorn an die Rampe getragen haben, um der Szene die Kühheit zu nehmen, werfen phantastische, riesige Schatten in die Kuppel des Hauses. Duncker spricht über den Krieg, über den Zusammenbruch der deutschen Machtpolitik und den gleichzeitigen Zusammenbruch der revisionistischen Richtung der Mehrheitssozialdemokratie. Aus Mangel eines Aktionsprogramms der Spartakusgruppe und um einem solchen nicht vorzugreifen, kann er sich nur in Allgemeintheorien bewegen. Er fordert auf, die begonnene halbe Revolution zu einer ganzen zu machen und weist auf das große Beispiel Rußlands hin. Die an Versammlungen nicht gewöhnten und zufällig zusammengekauften Zuhörer machen keine Zwischenrufe und äußern sich kaum, aber sie hören aufmerksam zu.

Und draußen fließt der Strom weiter. Noch immer quellen Menschen aus den Vorstädten und Arbeiterquartieren in die innere Stadt. In der Friedrichstraße, Unter den Linden, auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor brennen die blaumimmernden elektrischen Bogenlampen wieder.

Der Krieg ist aus!
Das Kaiserreich ist gestürzt!
Deutschland ist Republik!
Die Berliner Bevölkerung marschiert. Wer ein Gewehr tragen kann und eine Handgranate abziehen versteht, reißt sich in die geschlossenen Kolonnen ein oder führt auf den vor Waffen starrenden Lastwagen im Strom mit. Ein Trupp Arbeiter begleitet die Mannschaften einer Polizeiwache, die sich allein auf die Straße wagten, durch die Menschenmengen ungefährdet nach Hause. Nur dem Polizeihauptmann legt sich eine Hand auf die Schulter, und ein Arbeiter sagt gutmütig: „So, jetzt kommen wir drun!“ Ein

französischer Kriegsgefangener mit einem umgehängten Karabiner marschiert in gleichem Schritt mit einer Abteilung Feldgrauer durch die Straßen.

„Hoch die Internationale!“
„Vive la révolution mondiale!“
„Arbeiter und Soldaten...“ beginnt einer eine Rede.

„Hoch, hoch...“ erwidert die vorbeiziehende Menge.

Ein altes Mütterchen steht in einem Winkel der näklichen Straße mit einem Militärmantel überm Arm und wiederholt fassungslos dieselben Sätze: „Mir hat einer 'n Mantel geschenkt, mir hat einer 'n Mantel geschenkt...“

Von einem dichtbesetzten Lastwagen flattert ein Wirbel von Flugblättern auf die Köpfe nieder. Erlasse des Reichskanzlers Ebert, mittags herausgegeben, abends schon überholt: „An alle deutschen Bürger!“ „An alle Behörden und Beamten!“ Ein Aufruf „Es wird nicht geschossen!“ ist unterzeichnet: „Sozialdemokratischer Arbeiter- und Soldatenrat.“ Und vorn auf dem Wegenverdeck hat man ein lebendes Bild aufgestellt, einen Arbeiter und einen Soldaten, die sich brüderlich die Hand reichen. Auch auf der entgegen gesetzten Straßenseite bewegt sich ein Flugblätter spielender Wagen mit der gleichen Verbrüderungsszene auf dem Verdeck. Die SPD hat alle Wagen des Militärfuhrparks und alle Privatwagen, deren sie habhaft werden konnte, für diesen Zweck gechartert.

Vom Lehrter Bahnhof her ist ein Mann mit einem Handkoffer unterwegs zum Reichstag, — der Führer der Unabhängigen, Hugo Haase. In Rathenow, wo sein Zug liegen blieb, hatte er zum erstenmal von der Berliner Revolution gehört. In einer Kneipe wurde erzählt, daß der Sozialdemokrat Wels an der Spitze der Gardejäger durch die Straßen gezogen ist. Vor wenigen Minuten ist Haase in einem mit Matrosen und heimkehrenden Feldgrauen vollgestopften Zug angekommen. Die durch die Dunkelheit wogenden Massen erinneren ihn an die mit Matrosen angefüllten Straßen in Kiel, an den Aufmarsch der Arbeiter in Hamburg. (Fortsetzung folgt.)

Die Mittelschichten und der Faschismus

Von Fritz Sternberg

III. Das Eindringen der faschistischen Ideologie beim Mittelstand

Die Politik des Monopolkapitals in der Krise hat zur Folge, daß die absolute Verdrängung der Arbeiterklasse immer größere Dimensionen annimmt, hat auf der anderen Seite zur Folge, daß die ökonomische Bitterkeit zwischen Mittelschichten und Proletariat immer stärker niedergedrückt wird. Das Monopolkapital schreitet so selbst immer größere Massen in Deutschland in ihrem Lebensstandard zusammen. Würden Mittelschichten und Proletariat, die die ungeheure Majorität in Deutschland ausmachen, gemeinsam gegen das Monopolkapital vorgehen, so wären seine Tage gezählt. Für die herrschende Klasse gilt es daher, einen Keil zwischen Mittelschichten und Proletariat zu treiben, es gilt, die Mittelschichten, die erst durch ihre Proletarisierung, d. h. noch nicht sehr lange politisiert sind, und die zum größten Teil ihren wahren Feind noch nicht erkannt haben, vom Kampf gegen das Monopolkapital abzuhalten.

Es ist ein alter geschichtlicher Erfahrungssatz, daß diese Mittelschichten zur selbständigen Führung von Klassenkämpfen nicht fähig sind, daß sie diese Kämpfe nur im Schlepptau der großen Klassen; der Bourgeoisie oder des Proletariats führen können.

Wieso glückte es bisher, diese Schichten vom Kampf gegen das Monopolkapital abzuhalten, wieso entwickelte sich das Bewußtsein dieser Schichten so wenig revolutionär trotz der ungeheuren Erschütterung ihres ökonomischen Unterbaues, wieso kämpfen sie — zum größten Teil ohne es zu wissen — für die Interessen des Monopolkapitals?

Wir kennen die berühmten Worte aus Marx's Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, wonach die Veränderung des ökonomischen Unterbaues langsamer oder rascher zu einer Veränderung des gesamten Oberbaues führt. Wir haben schon bei der deutschen Arbeiterschaft festgestellt, daß ihre Antwort auf diese Veränderung der ökonomischen Lage eher langsamer als rascher vor sich geht. Auch die Arbeiterschaft ist nicht mit revolutionärem Klassenbewußtsein zur Welt gekommen, auch die Arbeiterklasse hat lange Zeiträume durchgemacht, bis sie kannte, daß man die Anwendung von Maschinen überhaupt von der Anwendung der Maschinen im Kapitalismus unterscheiden muß, daß man den Kapitalismus nicht rückwärts revidieren könne, durch Zerschlagung der Maschinen, sondern, daß man die Macht ergreifen muß, daß man die Produktionsmittel besitzen muß, um sie sozialistisch anzuwenden.

So wie die Arbeiterschaft zunächst die Maschinen zerschlug, d. h. reaktionär romantisch reagierte, so reagieren heute zahlreiche Kreise der proletarisierten Mittelschichten. Auf ihre Proletarisierung antworten sie, indem sie sich die früheren Zustände herbeiwünschen und ihre Entproletarisierung verlangen.

So sind sie reaktionär, so sind sie romantisch, so sind sie in zahlreichen Fällen monarchistisch, denn unter Wilhelm ging es ihnen besser. Auf ihre Proletarisierung antworten sie also nicht damit, daß sie im Bündnis mit dem Proletariat gegen das Monopolkapital kämpfen, das ihre Proletarisierung herbeigeführt hat, sondern sie antworten damit, daß sie ihre ökonomische Proletarisierung zu verschleiern suchen, daß sie sie nicht wahr haben wollen, und wenn sie immer deutlicher wird, dann kämpfen sie um die Verbesserung ihres Lebensstandards, für ihre Entproletarisierung, und das Grotteske ist, daß sie um ihre Entproletarisierung kämpfen und dabei mit dem Monopolkapital zusammen kämpfen, das sie proletarisiert hat.

Wie ist das möglich? Wenn wir diesen Widerspruch erklären wollen, so spielt dabei folgende Faktorenreihe eine außerordentlich wesentliche Rolle: Die Stellung im Produktionsprozess erschwert es einem großen Teil dieser Schichten außerordentlich, zu einer wirklichen Erkenntnis des gesamten ökonomischen Prozesses in seiner Totalität und durch die Erkenntnis seines wirklichen Gegners, des Monopolkapitals, zum Klassenbewußtsein zu kommen.

Dieser Tatbestand ist es, der die außerordentlichen Erfolge der Nationalsozialisten ermöglicht hat.

Er verdient daher unsere ernsteste Beachtung. Wir werden ihn an einigen konkreten Beispielen demonstrieren.

Es ist bekannt, daß im Nachkriegskapitalismus in allen hochkapitalistischen Zentren die vom Handel lebende Bevölkerung stark gewachsen ist, stärker als die Gesamtbevölkerung, und daß heute eine riesenhafte Ueberfüllung im Handel, vor allem im Kleinhandel, zu konstataren ist, eine Ueberbesetzung, eine Reservearmee, die nach innen geschlagen hat, nicht verschwindet, weil der Kleinhändler bei der Aufgabe seines Geschäftes keinen Ersatz findet, keinen Ersatz finden kann, ja nicht einmal Erwerbslosenunterstützung bekommt.

Würde der Kleinhändler diese Zusammenhänge erkennen, so würde er damit gleichzeitig zugeben, daß sein Lebensstandard im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise weiter nach unten gedrückt wird, und er müßte

*) Siehe die Artikel I und II in der SAZ vom 1. und 8. Oktober d. J.

die Konsequenz ziehen, im Bunde mit allen denen, die nichts zu verlieren haben, als ihre Ketten, die kapitalistische Produktionsweise zu stützen.

Aber diese Erkenntnis paßt scheinbar nicht hinein in all das, was er am Werktag erlebt. Da erlebt er die Konkurrenz der Einzelhändler, der Warenhäuser und der Konsumvereine. Da erlebt er die Konkurrenz der überlegenen Großbetriebe. Da erlebt er auf der anderen Seite ständig wachsende Steuerlasten. Und bevor er zugibt, daß es ihm nicht besser gehen kann, ist er — das Gleiche gilt für einen sehr großen Teil des Handwerks — für Lösungen, die ihm an der Stelle zu helfen versprechen, wo ihm täglich der Schuh drückt. Also ist er stets für Parolen gegen die Warenhäuser, gegen die Konsumvereine, ist er für diese Parolen in den alten bürgerlichen Parteien gewesen, oder heute bei den Nationalsozialisten, wobei die Nazis vor den anderen bürgerlichen Parteien den Vorzug haben, daß sie bisher als Opposition die einzige, noch nicht diskreditierte bürgerliche Partei sind, während die anderen bürgerlichen Parteien, die alle schon in der Regierung saßen, dort ihre Unfähigkeit zu helfen, bereits erwiesen haben.

Der Kleinhändler ist weiter gegen die Steuern und gegen die festen Tarifsätze, die er seinen Arbeitern und Angestellten zahlen muß. Hier ist er besonders empfindlich, denn je mehr er von der überlegenen Konkurrenz der Großbetriebe niedergedrückt wird, um so mehr ist sein Bestreben, seine Kosten zu verringern, und wo soll er heute sparen als bei den Löhnen, die gerade in seinem Betriebe, in dem ja, als in einem Kleinbetrieb, die organische Zusammensetzung des Kapitals zurück-

geblieben ist, eine besonders hohe Quote ausmachen.

Und so kämpft er gegen die wachsenden Lasten, die er für Steuern und für die Sozialpolitik aufzubringen hat. Auch hier sieht er lediglich die Erscheinungen, ohne sich um die Ursachen zu kümmern. Auch hier sieht er nicht, daß es das kapitalistische Rationalisierungsstempo selbst ist, das zu einer immer stärkeren Erhöhung der Intensität der Arbeit führte und daher schon darum die Soziallasten steigern mußte. Im niedergehenden Kapitalismus ist infolge der Verschärfung der Konkurrenz der verschärfte Rationalisierungsprozess zwangsläufig; zwangsläufig ergeben sich daher erhöhte soziale Lasten.

Die sozialpolitischen Ausgaben sind in allen hochkapitalistischen Ländern gestiegen, mußten steigen; sie sind die Folge der verstärkten Rationalisierung. Aber sie lasten nicht gleichmäßig auf den einzelnen Betrieben.

Die Großbetriebe, die unter dem Druck der in- und ausländischen Konkurrenz das Rationalisierungsstempo so verschärft haben, werden durch die Steigerung der sozialpolitischen Lasten verhältnismäßig am wenigsten betroffen, da bei ihnen die organische Zusammensetzung des Kapitals am höchsten ist, und daher bei ihnen pro angewandter Kapitaleinheit verhältnismäßig am wenigsten Arbeiter beschäftigt werden. Die Kleinbetriebe dagegen haben die sozialpolitischen Lasten vor allem aufzubringen, da bei ihnen pro Kapitaleinheit weit mehr Arbeiter beschäftigt werden und bei ihnen der Lohnanteil beim gesamten angelegten Kapital oft die Hauptrolle spielt.

Wer aber treibt die Kosten für die Sozialpolitik ein?

Der Hungermarsch in England

und wie die Bourgeoisie diese Arbeitslosendemonstration zersplittern und wirkungslos machen will

London, 26. Oktober.

Die Hungermarschkolonnen sind gestern bis zu 50 Meilen an die englische Hauptstadt herangekommen, und man erwartet, daß die ersten Gruppen heute Nacht die Peripherie der Stadt erreichen werden. Sie haben unterwegs Lebensmittel, Kleider und Geldspenden erhalten und sind zudem reichlich verpflegt worden. Trotz strömendem Regen haben sie ihr Programm bisher genau eingehalten und man erwartet, daß alle Abteilungen zu der großen Massendemonstration im Hyde-Park am Donnerstag anwesend sein werden. Die Kolonnen werden bei ihrer Ankunft in London von der Polizei in Empfang genommen und nach ihren Unterkunftsorten gebracht, die im Süden, Westen und Norden der Stadt in dortigen Hallen und leerstehenden Gebäuden zur Verfügung gestellt wurden. Lebensmittel werden von hiesigen Organisationen geliefert werden.

Die Behörden haben damit den Plan der kommunistischen Organisation durchkreuzt, die eine einzige sehr große Halle in einem Arbeiterviertel für die Unterbringung der Kolonnen forderte. Scotland Yard (Polizeipräsidium) hat besondere Vorschriften für die Begleitung der Hungermarschkolonnen durch die Verkehrsstraßen Londons erlassen und dafür Vorsorge getroffen, daß starke Polizeikräfte am Donnerstag Nachmittag die Demonstration im Hyde-Park überwachen werden.

Lohnabbau bei der BVG

Die Berliner Verkehrs AG, die Straßenbahn, Hoch- und U-Bahn und den Omnibusverkehr in sich vereint und als eine vollkommen der Stadt Berlin gehörende Aktiengesellschaft nach privatkapitalistischen Methoden verwaltet wird, will wieder einmal einen Lohnabbau durchsetzen. Wie der „Vorwärts“ meldet, ist es nach langen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften unter Führung des Gesamtverbandes und der BVG-Direktion zu folgendem Ergebnis gekommen: „Die Löhne werden ab 1. November in allen Gruppen um 2 Pfg. gekürzt. Ausgenommen davon bleiben die Fahrkarten-Ausgeberinnen. Die Frauen- und Kinderzulagen bleiben unverändert, ebenso sämtliche Zulagen für Fahrer, Schaffner und Techniker. Alle übrigen Bestimmungen des Lohnvertrages bleiben bestehen.“

Die beteiligten Gewerkschaften werden zu diesem Verhandlungsergebnis noch Ende dieser Woche Stellung nehmen.“

Die BVG-Direktion hat nach dem alten Trick gehandelt. Sie hat ihre Lohnabbau-bewegung eingeleitet mit der rabiaten Forderung einer Kürzung der Löhne bis zu 23 Pfg. pro Stunde für das Fahrpersonal und 22 Pfg. für das technische Personal. Man kann gegenüber dieser frechen Lohnabbauforderung jetzt von seiten der Gewerkschaftsführer mit Stolz darauf hinweisen, wie es „in schweren langwierigen Verhand-

Erhöhte Polizeibereitschaft in London

London, 26. Oktober.

WTB. Der Polizeipräsident hat alle Urlaubsbewilligungen an Polizeibeamte für die Dauer der Anwesenheit der Teilnehmer am Hungermarsch in London aufgehoben.

Die letzte Meldung zeigt, daß die Herrschenden in England selbst kein allzu großes Vertrauen zu dem Erfolg ihrer „friedlichen“ Zersplitterungskampagne haben und deshalb ihre „härteren Waffen“ in Bereitschaft halten. Wir sind jedoch überzeugt, alle Schläumeierereien und Gewaltmittel der Staatsgewalt werden nicht verhindern können, daß der Erwerbslosenappell zu einer wichtigen Demonstration und Kampfkraft des englischen Proletariats, zu einem

gewaltigen Aufsturz größerer Massenkämpfe der Arbeitslosen in allen Ländern werden wird. Es handelt sich hier selbstverständlich nicht, wie das von der Bourgeoisie der ganzen Welt bei derartigen Anlässen beliebt, nur um eine „kommunistische“ Aktion. Die kleine KP Englands wäre dazu viel zu schwach. Sondern es handelt sich um die von Millionen Arbeitsloser getragene Aktion gegen Not und Elend, gegen das ganze kapitalistische System.

lungen gelungen ist, die ungeheuerliche Lohnabbauforderung auf „nur“ 2 Pfg. pro Stunde herabzudrücken.“ Zwar haben die Gewerkschaften noch nicht endgültig zugestimmt, aber der Ton des offensichtlich von der Gewerkschaftsleitung in den „Vorwärts“ lancierten Bericht läßt darauf schließen, daß bei der Verbandsleitung die Absicht der Zustimmung besteht.

Es muß demgegenüber mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Arbeiter der BVG dieses Trauerspiel nicht mehr länger mitmachen dürfen. Seit Jahren endet jede Tarifbewegung in den städtischen Betrieben mit so einer „geringen“ Verschlechterung. Auf diese Weise sind die Löhne im Laufe der Zeit um mehr als ein Drittel heruntergewirtschaftet, die Arbeitsbedingungen Stück für Stück verschlechtert worden. Die Löhne sind derart miserabel, daß die Arbeiterschaft keinen Zehntelpennig Lohnabbau mehr vertragen kann. Ihr Kampf muß daher sein:

Schluß mit der Methode der „friedlichen“ Vereinbarung! Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Die vielen erfolgreichen Streiks der letzten Wochen haben den Arbeitern bewiesen, daß nur auf diesem Wege weitere Verschlechterungen vermieden werden können. Das gilt besonders auch für die Berliner Verkehrs-

Achtung!

JV-Gruppenleitungen!

Ein sehr gutes Jungwählerplakat mit folgendem Text:

Jungarbeiter,

Liste 18, SAP wählen!

Soz. Jugendverband Deutschland (einen Jungarbeiter darstellend, der diese Worte ausspricht) hat der Bezirk West-Ems herausgebracht. — Preis pro Stück 2 Pfg. bei Abnahme von 50 Stück aufwärts. Bestellungen sind sofort an die Bezirksleitung West-Ems des SJV, Bremen, Langenstraße 118, bei Vereinsendung des Betrages zu richten. Wenn kein Geld eingeht, erfolgt Zusendung unter Nachnahme.

SJV-Reichsleitung, Ressort: Agitprop.

Sie treibt der Staat ein. Also ist das Kleinbürgertum gegen den Staat. Gegen das „System“ und sucht sich, solange es geht, gegen die Erkenntnis zu verbarrikadieren, daß das System in nur das ausführende Organ des Monopolkapitalismus ist, und daß das Monopolkapital rationalisieren muß.

Und ebensowenig, wie es die Zusammenhänge zwischen Rationalisierung und Sozialpolitik begreift, ebensowenig begreift es die Zusammenhänge, die im niedergehenden Kapitalismus, in der Krise zwischen Rückgang der Produktion, Steuerverückgang auf der einen Seite bestehen und Verstärkung der Belastung aller der Betriebe, die noch nicht bankrott gegangen sind, die noch laufen.

Die Stellung der Mittelschichten im kapitalistischen Produktionsprozess, ihre Stellung als anarchisch-produzierende Kleinproduzenten erschwert ihnen die Einsicht in die gesamten Zusammenhänge. So werden sie zunächst zum Sammelbecken aller reaktionären Strömungen.

arbeiter. Ihre Chancen bei einem Kampf sind durchaus günstig. Daher darf keine Belegschaftsversammlung und keine Funktionärskonferenz dieser Vereinbarung zustimmen, sondern muß als Mindestforderung verlangen: Unveränderte Verlängerung des bisherigen Lohntarifs, andernfalls Kampf auf der ganzen Linie!

Die Pleite im Reichsetat Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen

Berlin, 26. Oktober.

WTB. Die Reichseinnahmen im Monat September 1932 betragen (in Millionen RM.) bei den Besitz- und Verkehrssteuern 347,1, bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 200,2, zusammen 547,3. Im zweiten Viertel des Rechnungsjahres 1932, d. i. in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1932, kamen an Besitz- und Verkehrssteuern 956,8 (erstes Viertel 1050,7), an Zöllen und Verbrauchssteuern 707,1 (638,3), im ganzen 1663,9 (1689) auf. Also im ersten Halbjahr des Etatsjahres zusammen eine Einnahme von 3352.874 467 RM. Da die im Etatsjahr (1. April 1932 bis 31. März 1933) veranschlagte Gesamteinnahme 7464 340 000 RM. betragen soll, so steht jetzt schon fest, daß das erste Halbjahr mit einer Mindereinnahme von rund 380 Millionen RM. abschließt. Hält das im zweiten Halbjahr an — und es wird trotz aller amtlichen Schönfärberei noch schlimmer werden — so kommt trotz der gewaltigen Steuer- und Zollerhöhungen durch die Papenregierung ein Gesamtjahresdefizit von über 1/4 Milliarden heraus.

Doch Papen predigt immer weiter „Wirtschaftsoptimismus“, und die Herrenklubregierung hat trotz der steigenden Pleite immer neue Hunderte von Millionen an Liebesgaben für Junker und Kapitalisten übrig. „Erfolgreiche Wirtschaftsführung“ und „Ankurbelung“ nennen das die Papenheimer.

Die Tagung des IAA in Madrid

Madrid, 26. Oktober.

Am 24. Oktober trat auf Einladung der spanischen Regierung der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu seiner 60. ordentlichen Tagung in Madrid zusammen. Durch die Einladung nach Madrid wollte offenbar die spanische Regierung ihr großes Interesse an internationalen Arbeitsamt zeigen, wie andererseits der Verwaltungsrat des IAA der spanischen Regierung eine besondere Höflichkeit erweisen will. Die Tagung des Verwaltungsrates ist aber auch in Madrid wie bei fast allen bisherigen Tagungen so belanglos, daß sie die sicher sehr erheblichen Kosten für Spesen und Diäten nicht wert ist. Der Hauptzweck der jetzigen Tagung ist die Beschlußfassung darüber, ob und wann der Antrag der italienischen Regierung auf eine internationale Abmachung zur Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche schon in der nächstjährigen internationalen Arbeitskonferenz zu setzen sei. Wie stets auch in früheren Jahren so wählten sich die Vertreter der englischen Regierung gegen eine internationale Arbeitszeit-Festsetzung überhaupt. Trotzdem wurde mit 14 gegen 7 Stimmen der englische Vertragsantrag abgelehnt und dann mit 16 gegen 6 Stimmen beschlossen, auf die Tagesordnung der nächstjährigen Arbeitskonferenz die Herabsetzung der Arbeitszeit zu setzen.